

Niederschrift

über die in der 13. Sitzung des Kreisausschusses
am 30.06.2011 im Prinz-Moritz-Saal des Kreishauses in Kleve (Raum E.159) gefassten
Beschlüsse

Beginn der öffentlichen Sitzung	: 16:00 Uhr
Ende der öffentlichen Sitzung	: 17:05 Uhr
Beginn der nichtöffentlichen Sitzung	: 17:05 Uhr
Ende der nichtöffentlichen Sitzung	: 17:10 Uhr

anwesend sind

Croonenbroek, Hubertina	Kerken
Giesen, Heinz	Geldern
Halteren, van, Manfred	Kevelaer
Mulder, Andy	Kleve
Schreiber, Adolf	Goch
Selders, Hannes	Kevelaer
Ulrich, Ulrike	Emmerich am Rhein
Verweyen, Inge	Kleve
Eicker, Sigrid	Geldern
Holzhauer, Albert	Kleve
Katzy, Roland	Kleve
Gorißen, Dietmar	Kleve
Prof. Dr. Klapdor, Ralf	Uedem
Hünerbein-Ahlers, Ulrich	Kevelaer
Sickelmann, Ute	Emmerich am Rhein

beratendes Mitglied

Gonder, Axel

entschuldigt sind

Düllings, Paul
Wißen, Bodo

anwesend sind von der Verwaltung

Spreen, Wolfgang
Suerick, Wilfried
Bettray, Arnold
Boxnick, Zandra
Mundi, Jürgen
Pastoors, Jürgen
Krebs, Marina
Ullmann, Jens (Auszubildender)

als Gast

Mailänder, Josef
Seifert, Anna- Kristin (Fraktionsmitarbeiterin der CDU-Kreistagsfraktion)

als Schriftführerin
Windmüller, Christina

- - - - -

Landrat stellt fest, dass die Einladung zur Sitzung ordnungsgemäß erfolgt ist.

Über Ort, Zeitpunkt und Tagesordnung der Sitzung wurden die Zeitungs-, Hörfunk- und Fernsehredaktionen im Kreis Kleve zur Unterrichtung der Öffentlichkeit hingewiesen. Die Tagesordnung hing in den Dienstgebäuden in Kleve und Geldern aus.

Landrat stellt weiter fest, dass der Kreisausschuss beschlussfähig ist.

Nachgereichte Unterlagen:

- neue Tagesordnung, ergänzt um den Punkt 3a und die Vorlage zu Tagesordnungspunkt 3a vom 28.06.2011, Nr. 484/WP09
- Schreiben der CDU-Kreistagsfraktion vom 28.06.2011 zu TOP 2
- Schreiben der SPD-Kreistagsfraktion vom 28.06.2011 zu TOP 2
- Ergänzungsvorlage Nr. 469 a/WP09 zu Tagesordnungspunkt 6 „Reaktivierung des ÖPNV auf der Bahnstrecke Kleve - Landesgrenze – Nimwegen; Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE (jetzt: Alternative Linke) vom 28.03.2011“
- Ergänzungsvorlage Nr. 467a/WP09 zu Tagesordnungspunkt 7 „Projekt Night-Mover“

Landrat weist daraufhin, dass gemäß § 10 Absatz 1 der Geschäftsordnung für den Kreistag des Kreises Kleve über die Erweiterung der Tagesordnung abzustimmen ist. Die Dringlichkeit ist nach § 10 Absatz 2 der Geschäftsordnung zu begründen.

KTM Katzy erläutert, dass sich die besondere Dringlichkeit daraus ergebe, dass in den entsprechenden Gremien der Musikschulen Sitzungen anstehen. Der Landrat habe in den Gremien der Musikschulen eine besondere Funktion und vertrete dort den Kreis Kleve.

Kreisausschuss stimmt der Erweiterung der Tagesordnung um den Punkt 3a „Konzept zur Umsetzung der Inklusion an den Musikschulen des Kreises Kleve; Antrag zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 28.06.2011“ zu.

Weitere Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Auf die Frage des Landrates an die Kreisausschussmitglieder, ob sich jemand im Sinne der gesetzlichen Ausschlussgründe zu einem Tagesordnungspunkt oder Beratungsgegenstand für befähigt hält, ergeht keine Erklärung.

- - - - -

Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung einer Dienstreise
Dienstreise der Fraktionsvorsitzenden zur Fachmesse für Gewerbeimmobilien „Expo Real“ nach München vom 03.10.2011 bis 05.10.2011
2. Vorschläge zur Berufung von ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern beim Sozialgericht Duisburg für die Amtszeit vom 01.01.2012 bis 31.12.2016
3. Resolution zur Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts
Antrag der Kreistagsfraktionen von SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 29.03.2011
- 3a. Konzept zur Umsetzung der Inklusion an den Musikschulen des Kreises Kleve; Antrag zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention
Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 28.06.2011
4. Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH (Vka GmbH)
Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 11.04.2011
5. Notfallseelsorge im Kreis Kleve stärken
Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 14.03.2011
6. Reaktivierung des ÖPNV auf der Bahnstrecke Kleve - Landesgrenze - Nimwegen;
 1. Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE (jetzt: Alternative Linke AL) vom 28.03.2011 (TOP 4 der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Strukturplanung am 28.06.2011);
 2. Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 21.03.2011(TOP 5 der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Strukturplanung am 28.06.2011);
 3. Ergänzungsantrag der CDU-Kreistagsfraktion in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Strukturplanung am 28.06.2011
7. Projekt Night-Mover
8. Änderung des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen (ÖPNVG NRW);
Satzung des Kreises Kleve über die Festsetzung der Tarife für Zeitfahrausweise des Ausbildungsverkehrs im Gemeinschaftstarif für den Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) und die Verkehrsgemeinschaft Niederrhein (VGN) als Höchsttarif
9. Finanzierungsbeteiligung der kreisangehörigen Gemeinden an den Aufwendungen für kommunale Leistungen nach dem SGB II und Regelung eines Härteausgleichs für das Jahr 2010
10. Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 14 - Straelen/Wachtendonk;
Vorentwurf der textlichen Darstellungen und Festsetzungen
11. Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 15 - Kerken/Rheurdt;
Vorentwurf der textlichen Darstellungen und Festsetzungen
12. Gülletransporte aus den Niederlanden;
Antrag der Kreistagsfraktionen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP und DIE LINKE (jetzt: Alternative Linke AL) vom 14.11.2010 (Vorlage Nr. 421/WP09)

13. Unser Dorf hat Zukunft' - Kreiswettbewerb 2011;
Bestellung der Kreiskommission
14. Mitteilungen
15. Anfragen

Nichtöffentliche Sitzung

16. Vorbereitung einer Gesellschafterversammlung
hier: Kreis Kleve Bauverwaltungs-GmbH
17. Vorbereitung einer Gesellschafterversammlung
hier: Wirtschaftsförderung Kreis Kleve GmbH
18. Vorbereitung einer Gesellschafterversammlung
hier: Haus Freudenberg GmbH
19. Befristete Niederschlagung von Forderungen
20. Mitteilungen
21. Anfragen

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 462 /WP09

Genehmigung einer Dienstreise

Dienstreise der Fraktionsvorsitzenden zur Fachmesse für Gewerbeimmobilien „Expo Real“ nach München vom 03.10.2011 bis 05.10.2011

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Die Dienstreise der Fraktionsvorsitzenden zur Fachmesse für Gewerbeimmobilien „Expo Real“ nach München vom 03.10.2011 bis 05.10.2011 wird gemäß § 9 Abs. 5 der Hauptsatzung des Kreises Kleve durch den Kreisausschuss genehmigt.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 468 /WP09

Vorschläge zur Berufung von ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern beim Sozialgericht Duisburg für die Amtszeit vom 01.01.2012 bis 31.12.2016

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschlussvorschlag:

Für die Aufstellung der Vorschlagslisten zur Berufung von ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern beim Sozialgericht Duisburg für die Amtszeit vom 01.01.2012 bis 31.12.2016 werden folgende Personen benannt:

Frau Gabriele Schmidt, Moränenhöhe 42, 47533 Kleve, Tel. 02821/28512
Geb. 22.01.1956, Erzieherin

Herr Peter Poell, Hinter der Mauer 75, 47574 Goch, Tel. 02823/98222
Geb. 21.11.1943, selbst. Konditormeister (heute Rentner)

Frau Waltraud Kokon, Gelderner Str. 22, 47661 Issum, Tel. 02835/448588
Geb. 04.09.1943, Industriekauffrau (heute Rentnerin)

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 464 /WP09

Resolution zur Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts
Antrag der Kreistagsfraktionen von SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 29.03.2011

KTM Katzy erklärt, dass sich der Antrag erledigt habe. Jedoch sei der Beschlussvorschlag der Verwaltung nicht treffend formuliert worden. Es wäre passender gewesen, den Beschlussvorschlag dahingehend zu formulieren, dass sich der Antrag erledigt habe.

KTM Sickelmann bringt zum Ausdruck, dass ihre Fraktion den eigenen Antrag nicht ablehnen möchte. Der Beschlussvorschlag könne daher lauten, dass die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis genommen werde.

Landrat stellt dar, dass die Verwaltung vermutet habe, dass der Antrag sich aufgrund der Verfahrensweise des Bundes erledigt habe. Die Verwaltung habe kein Verwerfungsrecht hinsichtlich des Antrages. Daher sei für den Fall einer Abstimmung der Beschlussvorschlag in dieser Weise formuliert worden. Nun sei deutlich geworden, dass sich der Antrag erledigt habe. Eine Abstimmung habe sich erübrigt.

Es wird einvernehmlich festgelegt, dass sich der Antrag der Kreistagsfraktionen von SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 29.03.2011 erledigt hat.

Zu Punkt 3a der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 484 /WP09

Konzept zur Umsetzung der Inklusion an den Musikschulen des Kreises Kleve; Antrag zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention
Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 28.06.2011

KTM Katzy sagt, dass seine Fraktion davon ausgehe, dass der Landrat in seiner Funktion in den Gremien des Vereins, Wert darauf legt, die Inklusion von Behinderten umzusetzen. Aufgrund der Gesamtlage solle die Integration der Behinderten in dem Bereich der Musikschulen im Angebot aufgenommen werden. Die Details zu regeln sei Angelegenheit des Vereins.

KTM Ulrich schlägt vor, den Beschlussvorschlag dahingehend abzuändern, dass nicht der Antrag abgelehnt werde, sondern, dass der Antrag an den Verein weitergeleitet wird. Sie bittet darum, dass die Angelegenheit sich damit erledigt hat und nicht nochmals im Kreistag behandelt werden muss.

KTM Holzhauer erklärt, dass dem Beschlussvorschlag von KTM Ulrich gefolgt werden könne. Es müsse ein Bezug zu der UN-Resolution und der damit verbundenen Inklusion von Behinderten in den Kreismusikschulen hergestellt werden.

Landrat erläutert, dass der Bezug zu der UN-Resolution dadurch hergestellt werde, dass der Originalantrag an den Verein weitergeleitet werde.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 28.06.2011 wird zuständigkeithalber an den Verein "Musikschulen des Kreises Kleve e.V." mit der Bitte um Behandlung in den dortigen Gremien übergeben.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 473 /WP09

Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH (VKA GmbH)
Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 11.04.2011

KTM Katzy erklärt, dass sich der Antrag erledigt habe. Zu allen Punkten sei Stellung genommen worden. Inzwischen habe sich die Landschaft zu diesem Thema verändert. Der Antrag sei auf einen Termin bezogen gewesen. Dieser Termin sei nun vorbei. Eine Grundsatzdiskussion sei nicht mehr notwendig. Die Behandlung des Antrages im Kreistag habe sich erübrigt.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 481 /WP09

Notfallseelsorge im Kreis Kleve stärken
Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 14.03.2011

KTM Holzhauer erklärt, dass sich der Antrag seiner Fraktion erledigt habe.

KTM Sickelmann weist darauf hin, dass ihre Fraktion es gerne gesehen hätte, wenn dem Antrag entsprochen worden wäre. Die Begründung, warum dies nicht möglich sei, sei nicht einleuchtend. Jede Traumatisierung die man verhindern könne, würde teure Nachsorgekosten ersparen. Es stelle sich die Frage, warum nicht freiwillige Leistungen eingesetzt werden können. Die Krankenkassen würden zuerst versuchen, alle zusätzlichen Leistungen abzulehnen. Die Situation müsse verantwortlich zur Kenntnis genommen werden.

KTM Katzy trägt vor, dass alle Beteiligten Verantwortung übernehmen. Auch die Kirchen seien mit dem Ergebnis zufrieden. Aufgrund der bestehenden Einigkeit habe sich der Antrag seiner Fraktion erledigt.

KTM Ulrich berichtet, dass ihre Fraktion über die Gespräche froh sei. Die Arbeit die in dem Bereich geleistet werde, würde von allen geschätzt. In Gesprächen mit der Notfallseelsorge sei zum Ausdruck gekommen, dass alle Beteiligten mit der Lösung einverstanden sind. Es seien weitere Gespräche zu führen. Für den gefundenen Konsens sei ihre Fraktion dankbar.

Landrat erläutert, dass ein Leitgedanke für die Gespräche mit den Krankenkassen gewesen sei, dass teure Nachsorgekosten vermieden werden können. Diese medizinische Nachsorge sei über das SGB V zu tragen. Die finanzielle Unterstützung der Notfallseelsorge müsse auch aus dem SGB V heraus durch die Krankenkassen geleistet werden. Dies hätten die Krankenkassen nicht akzeptiert.

Kreisausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 469 a/WP09

Reaktivierung des ÖPNV auf der Bahnstrecke Kleve - Landesgrenze - Nimwegen;

1. Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE (jetzt: Alternative Linke AL) vom 28.03.2011 (TOP 4 der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Strukturplanung am 28.06.2011);
 2. Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 21.03.2011 (TOP 5 der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Strukturplanung am 28.06.2011);
 3. Ergänzungsantrag der CDU-Kreistagsfraktion in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Strukturplanung am 28.06.2011
-

Landrat berichtet, dass im Ausschuss für Umwelt und Strukturplanung der modifizierte Beschlussvorlage einstimmig zugestimmt wurde.

KTM Selders führt aus, dass man sich im Fachausschuss auf die geänderte Beschlussvorlage verständigt habe. Seine Fraktion begrüße die Initiativen auf niederländischer und deutscher Seite zur Reaktivierung der Bahnstrecke. Beidseitig der Grenze seien in den letzten Jahren viele Verbindungen entstanden. Beispielfhaft seien die beiden Hochschulstandorte in Nimwegen und Kleve

zu nennen. Viele Beteiligte seien in das weitere Verfahren einzubeziehen. Auch seien mit der Reaktivierung Kostenfragen verbunden. Seine Fraktion wolle ein positives Signal setzen.

KTM Gorißen erklärt, dass ein einheitlicher Beschluss gewollt sei. Bei dem Beschluss handele es sich um den kleinsten gemeinsamen Nenner. Eine Verschiebung in andere Gremien sei nicht gewollt. Es handele sich bei der Schienenverbindung um eine wichtige Maßnahme für fast alle Kommunen. Seine Fraktion wünsche sich hinsichtlich der Umsetzung eine aktive Rolle des Kreises.

KTM Katzy sagt, dass die Diskussion im Fachausschuss entstanden sei, da die Formulierung der Verwaltungsvorlage unglücklich gewählt worden sei. Es würden Kreistagsbeschlüsse für den Erhalt der Strecke bestehen. Diese seien zielführend. Es handele sich nun um ein eindeutiges Signal, dass die Aktivierung der Strecke gewollt sei. Seine Fraktion unterstütze den Vorschlag.

KTM Gonder bedankt sich im Namen seiner Fraktion bei allen Beteiligten. Keiner sei gegen eine Reaktivierung. Die Ziffern 2. und 3. des Antrages seiner Fraktion würden zurückgezogen. Es würde der Wunsch nach einer zügigen Umsetzung bestehen.

KTM Hünerbein-Ahlers bittet darum, dass nach einer angemessenen Zeit über die Fortschritte berichtet wird.

Landrat erklärt, dass ein solcher Bericht im Fachausschuss erfolgen würde.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschlussvorschlag:

Der Kreis Kleve begrüßt die Initiativen auf deutscher und niederländischer Seite zur Reaktivierung der Schienenverbindung Kleve-Nimwegen. Die Reaktivierung der Schienenverbindung Kleve-Nimwegen muss in den zuständigen Gremien des VRR diskutiert werden.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 467 a/WP09

Projekt Night-Mover

KTM Ulrich berichtet, dass das Thema im Fachausschuss umfassend diskutiert worden sei. Das Ziel sei immer ein gemeinsames Ziel gewesen. Dies habe sich auch jetzt nicht verändert. Ihre Fraktion wolle eine Beschlussfassung herbeiführen. KTM Ulrich trägt mündlich einen Antrag zur Beschlussfassung vor. Dieser könne als Antrag der CDU-Kreistagsfraktion oder als gemeinsamer Antrag aller Fraktionen beschlossen werden.

KTM Katzy erklärt, dass ein gemeinsamer Antrag unterstützt werde. Der Antrag, den KTM Ulrich vorgelesen habe, entspreche den Forderungen seiner Fraktion. Die Diskussion im Fachausschuss sei von Emotionen überlagert gewesen, da der Ursprungsantrag seiner Fraktion nicht beachtet worden sei. Es wäre erfreulich, wenn die Jugendorganisationen mit der Verwaltung eine gemeinsame Konzeption entwickeln würden. Seine Fraktion schließt sich dem Antrag der CDU-Kreistagsfraktion an. Das Ergebnis der Abstimmung solle zeitnah veröffentlicht werden.

KTM Hünerbein-Ahlers macht deutlich, dass ein gemeinsamer Antrag unterstützt werde. Die Jugendlichen in Rheurdt sollten auch in das Konzept einbezogen werden. Diese würden bei ihrer

abendlichen Freizeitplanung eher in Richtung Duisburg tendieren. Bei den Überlegungen sollte dies berücksichtigt werden.

KTM Gorißen stellt klar, dass sich die FDP-Kreistagsfraktion dem Antrag anschließt.

KTM Gonder bringt zum Ausdruck, dass sich seine Fraktion dem Antrag anschließt und diesem zustimmen würde.

KTM Sickelmann weist darauf hin, dass ihre Fraktion sich dem Antrag anschließt.

Es wird einvernehmlich festgelegt, dass der gemeinsame Antrag aller Fraktionen nicht im Kreistag behandelt werden muss.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

1. Der Landrat wird gebeten, die Konzeption des Nightmovers unter Berücksichtigung des geänderten Ausgehverhaltens der Jugend neu zu überdenken und hieran anzupassen.
2. Der Landrat wird gebeten, die Überlegungen der Jugendorganisationen der Parteien zu prüfen und ggf. mit in seine Überlegungen einzubeziehen.
3. Wegen der besonderen Situation wird der Landrat gebeten, möglichst kurzfristig eine neue Konzeption zum Nightmover vorzulegen.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 470 /WP09

Änderung des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen (ÖPNVG NRW);

Satzung des Kreises Kleve über die Festsetzung der Tarife für Zeitfahrausweise des Ausbildungsverkehrs im Gemeinschaftstarif für den Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) und die Verkehrsgemeinschaft Niederrhein (VGN) als Höchstattarif

Landrat berichtet, dass der Ausschuss für Umwelt und Strukturplanung dem Beschlussvorschlag mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen zugestimmt hat.

KTM Sickelmann erklärt, dass ihre Fraktion sich enthalten werde. Die Auswirkungen in der Realität seien nicht dargestellt worden. Ihre Fraktion habe die Befürchtung, dass sich die Zusammenlegung negativ auf die Fahrpreise auswirke. Es stelle sich die Frage, ob es zu eklatanten Preissteigerungen kommen wird.

KTM Selders äußert, dass Herr Baetzen im Fachausschuss erläutert habe, wo die Notwendigkeiten liegen. Eine jetzige Aufstellung würde nur fiktive Zahlen enthalten. Er regt an, dass das Ergebnis dargestellt wird, sobald erste Abrechnungen vorliegen.

KTM Eicker sagt, dass das Thema sehr kompliziert sei. Im Fachausschuss sei die Vorlage erläutert worden. Ihre Fraktion habe Vertrauen in die Verwaltung. Es handele sich um eine Gesetzesänderung. Ihre Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Landrat macht deutlich, dass die konkreten Auswirkungen nicht dargestellt werden können. Der VGN würde die Basiszahlen liefern. Daraus würden die Verhältniszahlen entstehen, nach denen der Kreis die Zuschüsse auszahlt. Sobald man in der Lage sei, die Auswirkungen darzustellen, würde dies im Fachausschuss geschehen. Ob es zu einer Preissteigerung kommt, habe der Kreis nicht in der Hand. Das Land habe das Gesetz geändert. Diese Änderungen seien in der Satzung geregelt. Diese beinhalte Bestimmungen zur Berechnung des finanziellen Ausgleichs. Der Kreis würde 100 % von dem weiterleiten, was das Land zahle. Würde jetzt keine Einigung erzielt, könne das Geld nicht verteilt werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschlussvorschlag:

1. Die in der Anlage beigefügte Allgemeine Vorschrift gem. Art. 3 Abs. 2 EU-VO 1370/2007 zur Weiterleitung der Ausbildungsverkehr-Pauschale gemäß § 11 a Abs. 2 ÖPNVG NRW wird als Satzung des Kreises Kleve über die Festsetzung der Tarife für Zeitfahrausweise des Ausbildungsverkehrs im Gemeinschaftstarif für den Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) und die Verkehrsgemeinschaft Niederrhein (VGN) als Höchsttarif beschlossen. Die Satzung tritt rückwirkend zum 01.01.2011 in Kraft.
2. Der Kreis Kleve wird den 12,5 %-Anteil der Ausbildungsverkehr-Pauschale nach Abzug der mit der Abwicklung der Pauschale verbundenen eigenen Aufwendungen in voller Höhe zur Aufstockung des 87,5 %-Anteils an die Verkehrsunternehmen weiterleiten.

Zu Punkt 9 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 471 /WP09

Finanzierungsbeteiligung der kreisangehörigen Gemeinden an den Aufwendungen für kommunale Leistungen nach dem SGB II und Regelung eines Härteausgleichs für das Jahr 2010

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 2 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Da eine erhebliche Härte bei den Aufwendungen für kommunale Leistungen im Rahmen der Finanzierungsbeteiligung gemäß § 5 AG SGB II NRW im Jahr 2010 nicht eingetreten ist, scheidet die Regelung eines Härteausgleichs für das Jahr 2010 aus. Eine Härteausgleichssatzung 2010 wird somit nicht erlassen.

Zu Punkt 10 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 453 /WP09

Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 14 - Straelen/Wachtendonk;
Vorentwurf der textlichen Darstellungen und Festsetzungen

Landrat berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt und Strukturplanung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage des überarbeiteten Vorentwurfs des Landschaftsplans des Kreises Kleve Nr. 14 - Straelen/Wachtendonk die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 27a und die frühzeitige Bürgerbeteiligung gemäß § 27b (Landschaftsgesetz - LG) durchzuführen.

Zu Punkt 11 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 454 /WP09

Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 15 - Kerken/Rheurd; Vorentwurf der textlichen Darstellungen und Festsetzungen

Landrat berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt und Strukturplanung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage des überarbeiteten Vorentwurfs des Landschaftsplans des Kreises Kleve Nr. 15 - Kerken/Rheurd die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 27a und die frühzeitige Bürgerbeteiligung gemäß § 27b (Landschaftsgesetz - LG) durchzuführen.

Zu Punkt 12 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 455 /WP09

Gülletransporte aus den Niederlanden;
Antrag der Kreistagsfraktionen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP und DIE LINKE (jetzt: Alternative Linke AL) vom 14.11.2010 (Vorlage Nr. 421/WP09)

KTM Sickelmann bedankt sich im Namen ihrer Fraktion für die ausführliche Stellungnahme. Es sei zu hoffen, dass die Wasserressourcen des Kreises Kleve erhalten werden können und dass der Beschluss rechtzeitig genug gefasst wurde.

KTM Katzy sagt, dass seine Fraktion sich für die beschleunigte Art zu arbeiten bedanken möchte.

Kreisausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 13 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 460 /WP09

Unser Dorf hat Zukunft' - Kreiswettbewerb 2011;
Bestellung der Kreiskommission

Landrat berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt und Strukturplanung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 1 Enthaltung

Beschluss:

1. Der Kreis Kleve führt auch 2011 den Kreiswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ durch.
2. Gegen das vorgesehene Verfahren zur Auswahl der Kreissieger werden keine Bedenken erhoben.
3. Die vom Kreis Kleve einzusetzende Bewertungskommission wird mit den vorstehend genannten Mitgliedern/Vertretern besetzt.
4. Für die am Wettbewerb teilnehmenden Ortschaften werden Preise bis zum Gesamtbetrag von 2.700 Euro zur Verfügung gestellt.

Zu Punkt 14 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 480 /WP09

Begrüßungsschilder an der Kreisgrenze
Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 29.03.2011
Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 30.03.2011

Kreisausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 15 der Tagesordnung:

Anfragen

KTM Katzy berichtet, dass auf der Tagesordnung für den Ausschuss für Gesundheit und Soziales die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets stehen würde. Er weist darauf hin, dass das Thema auch im Schul- und Kulturausschuss behandelt werden müsse. Es gehe um hohe Beträge. Im Kreis müsse schnell reagiert werden. Im Rat der Stadt Duisburg und Dortmund stehe der Punkt schon auf der Tagesordnung.

KTM Schreiber führt aus, dass im Ausschuss für Gesundheit und Soziales seitens der Verwaltung ausführlich über die Thematik berichtet werden soll. Sollte es sich als notwendig erweisen, dass die Thematik auch im Schul- und Kulturausschuss besprochen werden muss, könne dies anschließend geschehen.

KTM Eicker berichtet, dass sie an der Sitzung im Ausschuss für Tarif und Marketing des VRR teilgenommen habe. Dort sei erklärt worden, dass es durch die Tarifharmonisierung zum Teil im Südkreis zu erheblichen Preissteigerungen bei den Fahrkarten kommen würde. Sie sei interessiert, inwieweit der Kreis daran beteiligt sei. Heute zahle man für eine Karte von Wesel nach Düsseldorf 11,90 Euro. Der VRR-Tarif würde nächstes Jahr bei 15,40 Euro liegen. Es sei in der Vergangenheit gesagt worden, dass die Preise stabil bleiben. Weiterhin möchte sie wissen, wie der Kreis als Schulträger mit dem Schokoticket umgehen wird.

Landrat erläutert, dass die kreisfreie Stadt Duisburg in doppelter Hinsicht von dem Bildungs- und Teilhabepaket betroffen sei. Einerseits sei die Stadt Schulträger und andererseits auch Beteiligte des Jobcenters. Dies gelte für den Kreis Kleve so umfänglich nicht. Im Ausschuss für Gesundheit und Soziales soll berichtet werden, was bisher geschehen sei. Die Verwaltung habe den Ausschuss gewählt, da die Mittelverteilung mit der Aufgabe des SGB II gekoppelt sei. Bei der Aufstellung der nächsten Tagesordnung des Schul- und Kulturausschusses könne das Thema bei Bedarf aufgenommen werden. Es müsse sich herausstellen, wo die Schwerpunkte liegen und welche Ausschüsse noch beteiligt werden müssen. Auf die Frage von KTM Eicker hinsichtlich der Preissteigerungen bestätigt der Landrat, dass es bei einem geringen Teil der Nutzer zu Mehrkosten kommen könne. Von der Geschäftsführung des VRR sei gesagt worden, dass die Mehrkosten geringfügig ausfallen würden. Die Aussage, dass es zu keinen Preissteigerungen kommen würde, könne er nicht bestätigen. In den damaligen Gesprächen zur Tarifharmonisierung sei es weniger das Ziel gewesen dafür zu sorgen, dass die Fahrscheinpreise geringer ausfallen, als zu erreichen, dass man mit einem einheitlichen Tarif fahren kann. Zum Zeitpunkt des Abschlusses der Vereinbarung sei auch für den VRR noch nicht klar gewesen, wie sich die Tarife entwickeln werden. Der Kreis habe keinen Einfluss darauf, wie sich der VRR und VGN tariflich verständigen. Hinsichtlich des Schokotickets habe der VRR deutlich gemacht, dass dieses auch im Kreis Kleve gut abzusetzen sei. Die Werbung für das Ticket läge nicht in der Zuständigkeit des Kreises. Aktuell würde das Thema in den Kommunen diskutiert.

Ltd. KVD Suerick erklärt, dass die Kreisverwaltung das Schokoticket für die Schülerinnen und Schüler der Schulen, für die der Kreis Kleve Schulträger ist, einführen will. Die Situation setze keine politische Entscheidung voraus, da die Kosten der Verwaltung gleich bleiben. Es müsse jedoch ein veränderter Elternbeitrag gefordert werden, da die Leistungen erweitert werden.

- - - - -